



Ökonomische Zeitenwende

Globaler Systemwettkampf im 21. Jahrhundert – Was kommt nach dem Ende des Neoliberalismus?

Von Johannes Müller

Metropolis © 2011, 315 Seiten

Fokus

Führung & Management
Strategie
Marketing & Verkauf
Finanzen
Personalwesen
IT, Produktion & Logistik
Karriere & Selbstmanagement
KMU
▶ **Wirtschaft & Politik**
Branchen
Business weltweit
Verwandte Themen

Take-aways

- Ein wohlhabendes Fünftel der Erdbevölkerung hat die gesamte Menschheit in eine Sackgasse manövriert.
- Die ökonomischen Strukturen des 20. Jahrhunderts sind überholt. Eine ökonomische Zeitenwende muss her.
- Als Zukunftsmodelle kommen der kapitalorientierte US-Wirtschaftsliberalismus, der Staatskapitalismus der Chinesen und die soziale Marktwirtschaft infrage.
- Erfolgreiche Krisenprävention ist einem erfolgreichen Krisenmanagement vorzuziehen.
- Keine Wirtschaft der Erde ist jemals jahrzehntelang kontinuierlich gewachsen.
- Immer neue öffentliche Schulden zu machen, ist ein perspektivloses Auslaufmodell der Wirtschaftspolitik.
- Fünf der 26 wichtigsten globalen Ressourcen haben bereits das Produktionsmaximum erreicht.
- Aufgrund seiner Kapitalfreundlichkeit wird der US-Wirtschaftsliberalismus immer Befürworter finden, trotzdem sollte ihm nicht die Zukunft gehören.
- Die chinesische Volkswirtschaft ist zwar effizient, aber ob sie auch unter demokratischen Bedingungen funktioniert, ist ungewiss.
- Der europäische Sozialstaat ist das Referenzmodell für eine kultivierte Zivilgesellschaft der Gegenwart und Zukunft.

Rating (bester Wert: 10)

Gesamt-Rating	Wichtigkeit	Innovationsgrad	Stil
6	7	5	7

Relevanz

Das lernen Sie

Nach der Lektüre dieses Abstracts wissen Sie: 1) warum ein radikaler wirtschaftlicher und politischer Wandel nötig ist, 2) warum der Wirtschaftsliberalismus ausgedient hat und 3) warum das europäische Modell der sozialen Marktwirtschaft Zukunft hat.

Empfehlung

Ein Fünftel der Weltbevölkerung hat es mit seinem Lebensstil geschafft, die Welt an den Rand eines ökonomischen und ökologischen Abgrunds zu führen, so Wirtschaftsprofessor Johannes Müller. Damit, so seine These, haben sich zugleich bestimmte wirtschaftliche wie auch politische Strukturen als untauglich erwiesen. Es ist also Zeit für einen dramatischen globalen Wandel. Drei praxiserprobte Marktwirtschaftsmodelle stehen dafür zur Verfügung: der Wirtschaftsliberalismus nach amerikanischem, der Staatskapitalismus nach chinesischem sowie die soziale Marktwirtschaft nach europäischem Vorbild. Doch welches Modell eignet sich am besten, um einen Erfolg versprechenden und gerechten Weg in die Zukunft zu beschreiten, von dem Mensch und Natur profitieren? Müller analysiert detailliert, auch anhand der jüngsten Wirtschaftskrisen, und hat am Ende den Mut zu einer klaren Antwort: Für ihn hat nur das europäische Modell Zukunft. Zwar macht er die Notwendigkeit einer „ökonomischen Zeitenwende“ hinreichend klar, wie eine solche konkret aussehen könnte, aber leider kaum. Ein paar visionäre Gedanken mehr hätten dem Buch gutgetan. *getAbstract* empfiehlt das Werk allen Wirtschaftsvertretern, die bereit sind, im Sinne einer besseren Zukunft – für fünf Fünftel der Menschheit – umzudenken.

Abstract

Sind aller guten Dinge drei?

Die Evolution der Menschheit ist trotz mancher Rückschläge eine rund 160 000 Jahre währende Erfolgsgeschichte. Das vorläufige Ergebnis: Der Mensch ist die einflussreichste und mächtigste Spezies auf Erden. Leider mehren sich seit Jahrzehnten die Anzeichen dafür, dass uns ein herber Rückschlag bevorsteht. Überbevölkerung, Nahrungs- und Wassermangel, schwindende natürliche Ressourcen und der Klimawandel sowie Wirtschaftskrisen bedrohen unsere Existenz.

Die Menschheit steht vor einer der größten Herausforderungen ihrer Geschichte. Für die Bewältigung einer ökologischen und ökonomischen Zeitenwende steht ihr die praktische Erfahrung mit drei Marktwirtschaftsmodellen zur Verfügung: dem kapitalorientierten US-Wirtschaftsliberalismus, der staatsorientierten sozialistischen Marktwirtschaft nach chinesischem Muster und der europäischen Version der sozialen Marktwirtschaft mit ihrer Verbindung von Kapital- und Arbeitnehmerinteressen. Wer wird als Sieger aus dem globalen Systemwettstreit hervorgehen? Schließlich wird in dem Zeitraum, der uns vermutlich zur Rettung bleibt, die Weltbevölkerung um weitere 2 Milliarden Menschen auf etwa 9 Milliarden im Jahr 2050 ansteigen. Statt eines vorübergehend erfolgreichen Krisenmanagements muss der Fokus auf Krisenprävention gerichtet werden. Doch haben wir überhaupt die Kraft und den Willen, unseren energieintensiven Lebensstil zu ändern?

„Ein Verharren in den ökonomischen Strukturen des 20. Jahrhunderts ist nicht mehr möglich.“

„Die Liberalisierung der Weltwirtschaft hat vor den nationalen Arbeitsmärkten Halt gemacht.“

„Eine über das materielle Existenzminimum hinausgehende Sozialpolitik lehnen Neoliberale grundsätzlich ab.“

„Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 wurde zur Götterdämmerung des Neoliberalismus.“

„Dass naturwissenschaftlicher und technischer Fortschritt die menschliche Zivilisation bedrohen kann, ist spätestens seit Erfindung der Atombombe und Kernspaltung bekannt.“

Falsche Vorbilder

Lediglich ein Fünftel der Erdbevölkerung ist für zwei Drittel der globalen CO₂-Emissionen verantwortlich. Dieses Fünftel lebt in relativem Wohlstand – und hat die Menschheit in die momentane ökologische und ökonomische Sackgasse geführt. Doch statt den Versuch zu unternehmen, dieses Problem einzudämmen, strebt der Rest der Menschheit einen ähnlichen Wohlstand an, was entsprechend verheerende Auswirkungen auf das globale Klima haben wird. Wenn die Erde schon nicht den Lebensstil von 1,5 Milliarden Privilegierten verkraftet, wie soll dann unsere Existenz zur Jahrhundertmitte mit insgesamt 9 Milliarden Erdenbürgern bewältigt werden? Zudem stellt sich die Frage, ob die Weltwirtschaft überhaupt stetig wachsen kann oder ob das Wachstum irgendwann an seine Grenzen stößt. Dann ist erst recht ein vollständiger Paradigmenwechsel erforderlich.

Eine Schlüsselrolle bei der Bewältigung der globalen Probleme kommt den Asiaten zu. Experten rechnen damit, dass China im Jahr 2030 die mit Abstand größte Volkswirtschaft der Erde sein wird. Die Geschichte hat jedoch gezeigt, dass keine Wirtschaft der Welt jemals jahrzehntelang kontinuierlich und problemlos gewachsen ist: Das bekannteste Beispiel ist Japan, dessen Wirtschaftskraft inzwischen als entzaubert gilt.

Globalisierung und Schulden

Als Globalisierung bezeichnet man den Trend zu einer grenzenlosen Weltwirtschaft. Diese ist seit jeher ein Ziel des klassischen Wirtschaftsliberalismus. Doch was für Güter und Kapital gilt, trifft nicht zwangsläufig auch auf Menschen zu. Wohlhabende Staaten wollen einerseits verzweifelte Arbeitssuchende fernhalten, nutzen aber andererseits die Möglichkeit von Produktionsverlagerungen in Billiglohnländer. Es wird weltweit noch über Jahrzehnte hinweg ein großes Potenzial an billigen Arbeitskräften geben. Gleichzeitig kommt es allmählich zu einer Überalterung der Bevölkerung, besonders auf der nördlichen Erdhalbkugel.

Niemals zuvor war die Weltwirtschaft – absolut und relativ – höher verschuldet als momentan. Dies betrifft sowohl die Privatwirtschaft als auch die öffentliche Hand. Ständige Kreditaufnahmen zur Deckung der Ausgaben sind die häufige Konsequenz und zugleich auch die Achillesferse jeder Volkswirtschaft. Die Weltwirtschaftskrise von 2008 war im Grunde eine Kreditkrise. Immer neue öffentliche Schulden zu machen, ist jedoch keine echte Alternative, sondern ein perspektivloses Auslaufmodell der Wirtschaftspolitik. Ein für viele Industrieländer funktionierendes Wachstumsmodell darf nicht länger einseitig reichere Bevölkerungsschichten bevorzugen, sondern muss die Massenkaufkraft stärker in den Fokus rücken. Steigende Realeinkommen finanzieren dann wieder den Konsum – und nicht länger Konsumentenkredite.

Begehrte Ressourcen

Die zwei strategisch gesehen wichtigsten Rohstoffgruppen sind Nahrungsmittel und Energie. Steigende Nahrungsmittelpreise sind eines der wichtigsten globalen Themen. Seit die US-Investmentbank Goldman Sachs 2005 Indexfonds für Rohstoffbündel auf den Markt gebracht hat, können auch Privatanleger mitmischen. Die Auswirkungen auf die Preise von Nahrungsmitteln sind enorm. Nahrung wird zum Spekulationsobjekt. Von den 26 wichtigsten globalen Ressourcen haben fünf bereits 2010 ihre „peak pro-

„Der Wirtschaftsliberalismus neigt zur Selbstzerstörung: Er ist Krisenverursacher und -verstärker aufgrund seiner überzogenen Ablehnung von staatlicher Regulierung zugunsten ökonomischer Freiheit.“

„Banken werden sich in einer globalen Wirtschaft örtlich immer dort ansiedeln, wo sie die günstigsten Rahmenbedingungen für ihr Geschäft vorfinden und damit letztlich die höchsten Gewinne locken.“

„China ist derzeit in Bezug auf Wachstumsdynamik seiner Absatzmärkte ein Land der scheinbar unbegrenzten Möglichkeiten.“

„Chinas Wirtschaftswachstum ist eine schwere Bürde für die eigene und globale Umwelt.“

duction“, also das Produktionsmaximum, überschritten. Die Erdölproduktion soll diesen Höchstwert bereits 2014 erreichen. Im 21. Jahrhundert droht die Gefahr, dass der hoch technisierten Menschheit die Rohstoffe ausgehen.

Die 20-80-Gesellschaft

Ökonomische Megakrisen haben ein riesiges Potenzial, materiellen Wohlstand zu vernichten. Die Kluft zwischen Arm und Reich ist inzwischen so groß, dass sie sich auf den Begriff der 20-80-Gesellschaft bringen lässt: 20% der Bürger mehren ihren Wohlstand, während 80% immer weniger verdienen und besitzen. Die Befürworter des Kapitalismus haben in dessen rund 200-jähriger Geschichte stets behauptet, dass das Verhältnis zwischen individueller ökonomischer Freiheit und dem gesellschaftlichen Wohlstand ausgewogen sei. Die Gegenwart zeigt jedoch globale Probleme, die nach einer neuen Gewichtung verlangen. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind viele Ideen der Marktwirtschaft und Gesellschaftspolitik schlichtweg überholt. Die Frage ist, ob sich das amerikanische, das chinesische oder das europäische Modell durchsetzen wird.

Der amerikanische Wirtschaftsliberalismus

Im Wirtschaftsliberalismus herrscht die Überzeugung, dass individuelle ökonomische Freiheit Wohlstand für alle schafft. Ethische Grundregeln spielen dabei eine untergeordnete Rolle, da man von einer „unsichtbaren Hand“ ausgeht, der regulierenden Kraft des Marktes, die dafür sorgt, dass letztlich alles Handeln dem Allgemeinwohl dient. Staatliche Reglementierung ist dabei unerwünscht. Einige neoliberale Denker stellen sogar die Freiheitsrechte des Individuums über die Legitimität demokratischer Entscheidungen. Neoliberale haben demnach ein durchaus ambivalentes Verhältnis zum Staat. Sie fordern die Abschaffung von Staatsunternehmen, plädieren für einen einheitlichen, möglichst geringen Steuersatz und sind gegen Sozialleistungen, die über das materielle Existenzminimum hinausgehen. Neoliberale Ökonomen lehnen zwar staatliche Eingriffe weitgehend ab, sind aber in Sachen Umweltschutz dennoch für die Idee des Emissionshandels empfänglich, weil er Unternehmen Spielraum lässt. Der Wirtschaftsliberalismus ist das Lieblingskonzept der internationalen Finanz- und Kapitalelite. Die großen Weltwirtschaftskrisen von 1929 und 2008 haben jedoch die Schwächen des Systems offenbart. Eine davon ist ein gewisses Selbstzerstörungspotenzial des Wirtschaftsliberalismus aufgrund dessen Anfälligkeit für Spekulationsexzesse.

Der chinesische Staatskapitalismus

Der Staatskapitalismus chinesischer Prägung gilt ebenfalls als demokratiekritisch, wenn auch aus ganz anderen Gründen als der US-Wirtschaftsliberalismus. Auf die Freiheit des Einzelnen wird in Asiens bevölkerungsreichstem Land kaum Wert gelegt. Das Wohl der Nation und der Gemeinschaft steht im Vordergrund. Die kommunistische Regierungspartei ist die führende gesellschaftliche Kraft. Der freie Markt kommt unter der Herrschaft der Einparteiendiktatur nur in geringem Maß zur Geltung. In China bleiben Grund und Boden ebenso in Staatsbesitz wie Banken und Energieunternehmen. Es gibt Mindestlöhne, die Wirtschaftsentwicklung wird durch Fünfjahrespläne vorgegeben und ausländischen Unternehmen wird der Marktzugang oft nur im Austausch gegen technologisches Wissen gewährt. Die Chinesen betreiben eine Pegged-Currency-Politik, d. h., der chinesische Yuan wird an den US-Dollar gebunden und der ausländische Kapitalzufluss wird kontrolliert. Wechselkursschwankungen gibt es demnach kaum. Das Land verfügt über außergewöhnlich große Währungsreserven. Außerdem ist China an einem stabilen Euro und an internationaler Präsenz interessiert. Der chinesische Staatskapita-

„Die Kapital- und Arbeitnehmerinteressen in einer Wirtschaft im fairen Gleichgewicht zu halten, ist das Markenzeichen der sozialen Marktwirtschaft.“

„Die Vergangenheit lehrt, dass gerade in Demokratien die Politik immer wieder dazu neigt, sich auf Kosten wachsender Staatsschulden die Wahlchancen zu verbessern.“

„Eine ökonomische Zeitenwende zurück zu einer echten sozialen Marktwirtschaft ist notwendig, in der die Interessen breiter Bevölkerungsschichten und der Umwelt nicht automatisch gegenüber Kapitalverwertungsinteressen zurückstehen.“

lismus hat in den vergangenen 30 Jahren einen wahren Siegeszug angetreten. Nie zuvor in der Menschheitsgeschichte gelang es in so kurzer Zeit, rund 1,3 Milliarden Menschen aus bitterer Armut zu befreien.

Der europäische Sozialstaat

Das Scheitern des Laissez-faire-Liberalismus in der Weltwirtschaftskrise von 1929 führte zur Bildung des europäischen Sozialstaatmodells, wobei Deutschland erst nach dem Zweiten Weltkrieg die soziale Marktwirtschaft etablierte. Darin hat der Staat die Aufgabe, für einen fairen Interessenausgleich zwischen Arbeit und Kapital zu sorgen und mit dem Ziel der Vollbeschäftigung den Grundpfeiler für eine soziale Absicherung zu schaffen. Laut Alfred Müller-Armack, einem der geistigen Väter der sozialen Marktwirtschaft in Deutschland, muss jede Wirtschaftsordnung als Hauptziel das Ideal der Humanität setzen. Der gesellschaftliche Verteilungsprozess stellt eine wirtschaftspolitische Gratwanderung dar. Das beweisen historische Entwicklungen in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland: Standen in den 70er Jahren noch eher die Arbeitnehmerinteressen mit starken Gewerkschaften im Vordergrund, werden seit den 80er Jahren eher die Kapitalinteressen betont, mit einer massiven Verschiebung der Einkommensverteilung als Folge. Alles deutet darauf hin, dass die jüngsten Finanzkrisen das Ende dieser Überbetonung eingeläutet haben. Ebenso wichtig wie eine strengere Aufsicht der Banken ist die Kontrolle anderer Finanzmarktakteure wie etwa Hedgefonds. Insgesamt sollten die Finanzmärkte ihre Dominanz gegenüber der Realwirtschaft verlieren. Doch der Staat darf nicht nur den Leistungsträgern auf die Finger schauen, sondern muss auch die Leistungsempfänger stärker in die Pflicht nehmen. Zudem sollte ein staatlicher Mindestlohn eingeführt werden.

Welches Marktwirtschaftsmodell ist zukunftstauglich?

Ob eine neoliberale oder eine soziale Wirtschaftspolitik erfolgreicher ist, lässt sich anhand zweier Beispiele illustrieren: In den USA gelang es dem sozialpolitisch orientierten Präsidenten Bill Clinton zwischen 1993 und 2000, die Realeinkommen der Bürger und die Zahl der Arbeitsplätze zu steigern. Er war somit erfolgreicher als etwa sein Vorgänger Ronald Reagan oder sein Nachfolger George W. Bush. In Großbritannien war Labour-Premierminister Tony Blair mit seiner sozialstaatlichen Wirtschaftspolitik ähnlich erfolgreich, was die Wohlstandsmehrung angeht. Fazit: Zwei zu null für ein sozialstaatliches Modell. Außerdem ist die Erkenntnis weit verbreitet, dass neoliberale Wirtschaftspolitik zu einer Vergrößerung der Kluft zwischen Arm und Reich führt. Ihr sollte darum nicht die Zukunft gehören, auch wenn die primäre Kapitalfreundlichkeit des Wirtschaftsliberalismus immer Befürworter finden wird. Der chinesische Staatskapitalismus ist quasi die Antithese zum US-Wirtschaftsliberalismus. In Sachen Effizienz haben die Chinesen zwar die Nase vorn, aber den Beweis, auch unter demokratischen Spielregeln zu funktionieren, sind sie der Welt bislang noch schuldig. Somit bleibt nur der europäische Sozialstaat als Referenzmodell einer kultivierten Zivilgesellschaft und eines marktwirtschaftlichen Systems des 21. Jahrhunderts.

Über den Autor

Johannes Müller ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Fachhochschule Hannover. Vorher arbeitete er zwölf Jahre lang bei einer deutschen Privatbank, zuerst als Analyst, dann als Portfoliomanager und Bankdirektor.